

Wirtschaftspolitik | 10.11.2023 | Lesezeit 1 Min.

Wachstumschancengesetz: Viel Einsatz, wenig Ertrag

Die Bundesregierung will mit dem Wachstumschancengesetz private Investitionen ankurbeln. Ein näherer Blick auf die geplanten Reformen zeigt jedoch: Trotz vollmundiger Ankündigungen dürfte der Effekt gering ausfallen.

Investitionsprämie, steuerliche Vorteile, mehr Abschreibungsmöglichkeiten – das Wachstumschancengesetz der Bundesregierung soll mit einem ganzen Paket an Maßnahmen einen Impuls für mehr private Investitionen im Land geben. Das lässt sich die Regierung etwas kosten:

Von 2024 bis 2028 nimmt der Staat durch das Gesetz voraussichtlich rund 32 Milliarden Euro weniger an Steuern ein.

Den größten monetären Posten bilden die neuen Abschreibungsregeln für bewegliche Wirtschaftsgüter wie etwa Produktionsanlagen. Bis Ende des Jahres 2024 weicht die Regierung vom linearen Modell ab und führt ein degressives ein. Für ein Unternehmen bedeutet das unterm Strich bei einer Investition von 1 Million Euro einen Vorteil von 30.000 Euro.

Das reale Bruttoinlandsprodukt wird durch die Maßnahmen des Wachstumschancengesetzes kaum wachsen.

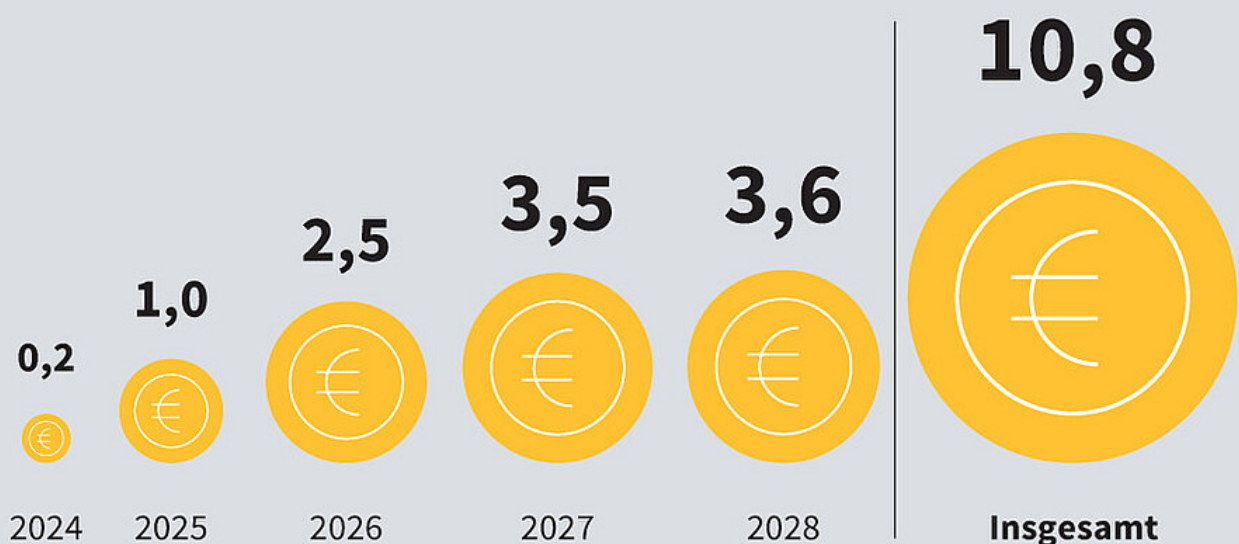
Eine weitere wichtige und längst überfällige Reform betrifft die Thesaurierung für Personenunternehmen – das kann zum Beispiel eine GbR oder KG sein – sowie für Selbstständige. Von Thesaurierung spricht man, wenn erzielte Gewinne nicht ausgeschüttet werden, sondern im Unternehmen bleiben. Der Steuersatz auf diese Gewinne soll sinken, was den Unternehmen mehr finanziellen Spielraum für Investitionen verschaffen würde.

Eine entscheidende Frage ist: Was bringt das Gesetz aus makroökonomischer Sicht? Das Institut der deutschen Wirtschaft hat mithilfe des Oxford-Economics-Modells die Auswirkung der Reformen simuliert. Das Ergebnis (Grafik):

In den Jahren 2024 bis 2028 werden die Investitionen in Deutschland voraussichtlich um rund 11 Milliarden Euro höher ausfallen, als es ohne das Wachstumschancengesetz zu erwarten wäre – ein Niveauunterschied von 0,6 Prozent im Jahr 2028.

Wachstumschancengesetz: Überschaubarer Mehrwert

Um so viele Milliarden Euro könnten die realen Investitionen in Deutschland durch das Wachstumschancengesetz steigen



Quellen: Oxford Economics, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2028 rund 2 Milliarden Euro oder

umgerechnet 0,05 Prozent höher liegen als im Basisszenario.

Das geplante Gesetz reicht folglich bei Weitem nicht aus, um jene Investitionen zu mobilisieren, die es etwa zur Dekarbonisierung und Digitalisierung der Wirtschaft braucht. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands würde durch das Gesetz allenfalls minimal verbessert.

Kernaussagen in Kürze:

- Das Wachstumschancengesetz der Bundesregierung soll mit einem Maßnahmenpaket einen Impuls für mehr private Investitionen im Land geben.
- Von 2024 bis 2028 wird der Staat durch das Gesetz voraussichtlich rund 32 Milliarden Euro weniger Steuern einnehmen.
- Der Effekt des Gesetzes wird aber wohl gering sein: Das IW rechnet mit zusätzlichen Investitionen in Höhe von 11 Milliarden Euro.